

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Personalangelegenheiten am 07.10.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Beratungsraum 113  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:03 Uhr bis 18:34 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Gernot Töpfer	Ausschussvorsitzender CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) bis 18:50 Uhr
Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Frau Nagel
Swen Knöchel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) bis 18:14 Uhr
Marion Krischok	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 18:50 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis 18:50 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM Vertreter für Herrn Wolter, bis 18:30 Uhr

### **Verwaltung:**

Egbert Geier	Bürgermeister
Christine Hahnemann	amt. Fachbereichsleiterin FB Verwaltungsmanagement
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personalcontrolling/Haushalt
Steffen Ruppe	Geschäftsbereich I – Finanzen und Verwaltungsmanagement
Yvonne Merker	Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Elisabeth Nagel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

zu **Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

**Herr Töpfer** stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Töpfer** informierte, dass der

Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer  
Gefährdungsbeurteilung  
Vorlage: VI/2015/01269

eingestellt wurde. **Herr Krause** erläuterte die Dringlichkeit mit der vorangegangenen Diskussion im Stadtrat zum Stellenmehrbedarf. Im Personalbericht ist der Krankenstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachvollziehbar. Der Arbeitsverdichtung muss unbedingt Abhilfe geschaffen werden und aus diesem Grund werden für alle Bereiche der Verwaltung Gefährdungsbeurteilungen gefordert.

**Herr Geier** hielt eine Gegenrede zum Dringlichkeitsantrag. Laut Arbeitsschutzgesetz fällt diese Angelegenheit in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters. Des Weiteren wird in der Verwaltung regelmäßig ein Arbeitsschutzausschuss einberufen.

Darauf meinte **Herr Knöchel**, dass der Oberbürgermeister mit der Analyse beauftragt werden kann. Die Dringlichkeit macht allerdings nur Sinn, wenn es entsprechende Hinweise auf Gefährdungen gibt.

**Herr Senius** sagte, dass die Verwaltung keine Zuarbeiten vorgelegt hat und somit gilt die Anscheinsvermutung. Dem stimmte **Herr Knöchel** zu.

**Herr Töpfer** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung:

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass er um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:** einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.06.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Personalbericht 2015 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/01123
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung  
Vorlage: VI/2015/01269
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Krankenstand im Fachbereich Einwohnerwesen  
Vorlage: VI/2015/01226
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9.1. Anfrage der SPD-Fraktion zu Überlastungsanzeigen in der Stadtverwaltung  
Vorlage: VI/2015/01268
10. Anregungen

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1      Genehmigung der Niederschrift vom 03.06.2015**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 03.06.2015.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt**

#### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Töpfer** informierte über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss vom 03.06.2015:

zu 3.1 Zahlung einer übertariflichen Zulage  
Vorlage: VI/2015/00905

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten beschließt die Zahlung einer übertariflichen Zulage an die amtierende Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Verwaltungsmanagement, Frau Christine Hahnemann, in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Entgeltgruppe E 15 TVöD und der Entgeltgruppe E 15Ü TVöD, rückwirkend ab dem 20.05.2014 und befristet bis zur dauerhaften Besetzung der Stelle.

#### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Personalbericht 2015 der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2015/01123**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

*Anfang Wortprotokoll*

#### **Herr Töpfer**

Wir kommen dann zu Punkt 5, Beschlussvorlagen. 5.1 ist der Personalbericht 2015 der Stadt Halle.

Herr Geier.

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Also wir haben den Personalbericht auch auf Wunsch aus dem Stadtrat vom vergangenen Jahr um weitere Grafiken und Zusammenstellungen ergänzt. Ich halte ihn in der Form für sehr detailliert. Ich weise in dem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass man bei anderen Arbeitgeberern in dieser Tiefe keine Auswertung bekommt. Deshalb ist zum Beispiel auch diese Frage des Krankenstandes relativ schwer vergleichbar. Also ich kenne es aus dem Saalekreis, da funktioniert es nicht so. Dies ist sozusagen eine umfassende auch statistische Auswertung, wie sich die Sachlage für das Jahr 2014 ergab. Und ansonsten, denke ich mal, bin ich jetzt mal auf die Fragen gespannt, die sich aus dem Personalbericht ergeben.

#### **Herr Töpfer**

Herr Krause.

#### **Herr Krause**

Mich interessiert...*unverständlich*...auf Grund der aktuellen Situation mit den Flüchtlingen. Wie sieht das im Hinblick auf die Mitarbeiterzahlen aus, die sozusagen sich entwickeln? Unverständlich...Gibt es da schon eine Entwicklung.

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Das ist jetzt eine Betrachtung nach vorne. Hier geht es um den Betrachtungszeitraum Jahr 2014. Nach vorne kann ich eigentlich nur dann empfehlen...oder ich verweise auf die Ausführungen im Stadtrat. Dass man praktisch an den verschiedenen Stellen, wo es Auswirkungen hat, also diese Flüchtlingsfrage, ob es Auswirkungen auf den Personalbedarf hat. Dass man das vernünftig zusammenträgt für die, für den Änderungs...mir liegt konkret aus dem Bereich noch keine Einschätzung vor, was da zusätzlich personell gegebenenfalls noch benötigt wird.

#### **Frau Krischok**

Ich mache mit den Flüchtlingen mal weiter. Ich weiß zwar, dass in dem Jahr 2014 noch nicht so viele da waren. Bei der Fortbildung sind ja, stehen viele interessante Dinge drin. Ist bereits was geschehen oder ist es nach vorne gerichtet? Wird was geschehen, allgemein mit den Personalschulungen? Also interkulturelle Schulungsangebote, Kompetenzen da zu erweitern. Weil, es betrifft ja fast jedes Personal...*unverständlich*...

#### **Frau Hahnemann**

Nach vorne gerichtet werden wir uns natürlich auch im Bereich Fortbildung dieser Problematik stellen müssen. Wir sind Mitglied im sogenannten IQ-Netzwerk, wo es also um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung geht und im Rahmen dessen haben oder besprechen wir uns zur Zeit, welche Fortbildungen die Beschäftigten in der Verwaltung brauchen. Zu allererst, das werden sicherlich...*unverständlich*...aber auch solche Dinge sein für Umgang mit Personen aus uns fremden Kulturkreisen, so will ich es mal formulieren. Wir denken da zum Beispiel an die Schulsekretärinnen, wir denken also an die Beschäftigten im Bürgerservice, auch zum Beispiel das große Thema...*unverständlich*...Und wir sind mit den entsprechenden Fachbereichsleitern in sehr engem Kontakt, um das eben aufzunehmen. Das stimmt schon.

#### **Herr Töpfer**

Weitere Nachfragen?  
Herr Häder.

#### **Herr Häder**

Ich würde gerne noch den Hinweis zur weiteren Behandlung geben. Eigentlich ist der Personalbericht bloß eine Mitteilung. Das einzige was wir als Beschlussvorlage haben, ist aber die Änderung der Berichterstattung, nochmal dass es da nicht direkt in den Stadtrat soll von dem Personalbericht als Mitteilung führt und diese Änderungen der Berichterstattung dann als eigentlichen Beschluss...*unverständlich*...hier als solches mit dem Inhalt des Personalberichtes nichts zu tun hat.

*Zwischenrufe*

#### **Herr Doege**

Ich habe zur Seite 72 eine Frage. Und zwar ist da im Geschäftsbereich OB, in der 013, sind bei den beauftragten Personen ausgewiesen im Stellenplan. Also im Stellenplan für den Haushalt 2016, da sind drei Stellen OB Beauftragte. Wieso ist hier nichts ausgewiesen? Die sind doch da. Haben die die versteckt?

*Zwischenrufe*

#### **Frau Präkelt**

Die sind im Büro OB, das ist die alte Struktur 013.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpper**

So, weitere Nachfragen?

Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ich beziehe mich auf die Seite 49, die meldepflichtigen Arbeitsunfälle. Gibt es da seitens der Verwaltung Erkenntnisse, warum die Zahl um Jahr steigen? Oder ist das auf einen Zufall zurückzuführen? Also ich gucke jetzt mal in das Jahr 2011, da sind es 30, dann 35, 42, und 2014 dann 52. Gibt es dafür Gründe?

**Herr Bürgermeister Geier**

Also da kann ich nur sagen, das ist statistischer Zufall. Aber ich würde noch mal bei dem zuständigen, bei der zuständigen Person die das macht, noch mal nachfragen. Das ist unterschiedlich von Jahr zu Jahr. Es kann sein, dass da irgendwo ein Schulbus unterwegs war, der sich da...das kann ich im Einzelnen nicht sagen. Tut mir leid.

**Herr Töpper**

So, weitere Nachfragen? Das ist nicht der Fall.

**Herr Bürgermeister Geier**

Ich glaube, das ist deshalb als Beschluss Herr Häder, weil da gab es mal eine Stadtratsvorlage...

**Herr Häder**

Das habe ich ja verstanden. Ich hatte nur gesagt, an sich sollte man das trennen. Dieser Beschluss und der Personalbericht als solches, ist ja eine reine Information. Der Beschluss als solches ist ok, aber...

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

Das würden wir noch mal mitnehmen.

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

Dass mit der Berichterstattung zum 31.12. umstellen, das wäre dann natürlich schon eine Änderung zur ursprünglichen Beschlusslage.

**Herr Töpper**

Herr Krause hat noch eine Frage.

**Herr Krause**

Ich würde trotzdem, auch wenn jetzt der Hinweis erkannt wurde, das ist ja an die Zukunft gerichtet. Aber mich interessiert es dann doch. Jetzt noch eine Frage zur Personalentwicklung so wie sie erst mal im Dialogverfahren zumindest auf Seite 39 beschrieben worden ist. Es wird ja auch beschrieben im Grunde, was bisher gelaufen ist...unverständlich...Es geht ja im Grunde genommen rein in die Sichtweise bis 2020. Und das ist ja genau das Zeitfenster, wo wir auch die entsprechende Auswirkung haben.

**Herr Töpper**

Frau Hahnemann.

**Frau Hahnemann**

Wir hatten im September eine elektronisch basierte Mitarbeiterbefragung gemeinsam mit Verdi zum Thema „Gute Arbeit“. Da ist jetzt der Prozess der Ergebniszusammenstellung. Wir werden den Stadtrat natürlich und den Personalausschuss darüber informieren. Im Moment ist es also so, dass die Mitarbeiter...*unverständlich*...Hinweise zu kriegen, in welche Richtung wir zum Beispiel bei dem Personalentwicklungskonzept weiter fortschreiten wollen...*unverständlich*...aus diesem Befragungsmodul „Gute Arbeit“. Sodass wir also nach diesem Dialog, eine Mitarbeiterbefragung ist ja im Grunde ein Dialog, dass wir dann eine gute Entscheidungsbasis haben...*unverständlich*...Personalentwicklungskonzept beginnen wollen oder beginnen werden.

**Herr Krause**

Wurde die Befragung auf allen Ebenen durchgeführt?

**Frau Hahnemann**

Die Möglichkeit hatten alle Beschäftigten, von ganz oben bis ganz runter.

**Herr Bürgermeister Geier**

Aber sie sind nicht gezwungen worden.

**Frau Hahnemann**

Sie war freiwillig und anonym.

**Herr Krause**

Und wie viele haben daran teilgenommen?

**Herr Bürgermeister Geier**

Das müssen wir jetzt noch auswerten. Ich kann das jetzt gar nicht einschätzen. Das müssen wir vielleicht noch mal nachliefern.

**Herr Krause**

Wie weit ist das anvisiert, geht das runter bis zur nächsten Ebene?

**Frau Hahnemann**

Nein, also das ist so anvisiert, dass...jeder bekam ein Zugangscode, der wenn man es anklickt gelöscht wird, dass man nur den Fragebogen ausfüllen. Genauso wie es Verdi auch vorschreibt. Wir haben uns auch...*unverständlich*...da hat sich Herr Philipp auch sehr eingebracht.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Noch mehr Fragen? Sind Sie abstimmungsbereit?

Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Nicht der Fall.

*Ende Wortprotokoll*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt die Verlagerung der stichtagsbezogenen Auswertungen vom 30.06. des Berichtsjahres auf den 31.12. des Vorjahres.
2. Ab dem Jahr 2016 wird der Personalbericht dem Stadtrat vor der Sommerpause vorgelegt.

**zu 6      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1      Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung  
Vorlage: VI/2015/01269**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

*Anfang Wortprotokoll*

**Herr Töpfer**

Anträge von Fraktionen und Stadträten, Nummer 6. Da haben wir jetzt den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion.

Herr Krause.

**Herr Krause**

Ich möchte nur noch darauf hinweisen, wir haben vor allen Dingen in den Antrag eingefügt „für alle Geschäftsbereiche“...*unverständlich*...Das sollte für alle gemacht werden. Es hat aber auch so an Fahrt gewonnen, dass wir auch auf anderen Wegen Hinweise bekommen, die sozusagen schon deutlich machen unverständlich...was bisher gesagt wird. Ich habe mich geärgert, das gebe ich auch zu, dass in der Stadtratssitzung der Oberbürgermeister beinahe so etwas wie Unrichtigkeit unterstellt hat, als ich das Thema angesprochen habe und er mir entgegen gehalten hat, es sind ja nur 11 Überlastungsanzeigen. Jetzt stellt sich heraus, bei denen die ich gemeint habe im Einwohnermeldeamt, dass unter einer Überlastungsanzeige 26 Mitarbeiter geführt werden. Weil die sich gar nicht trauen einzeln, offensichtlich, einzeln Überlastungsanzeigen zu machen, weil möglicherweise Konsequenzen folgen. Das ist meine Meinung...*unverständlich*...Das ist wie so eine Kettenreaktion. Es gibt ja auch noch die Möglichkeit Vorschläge zu machen, wie sich das verändern kann. Aber wir haben offensichtlich und das ist der Hintergrund dieses Antrages, im Moment eine Situation die sich potenziert, wo wir auch noch nicht wissen, welche Größen möglicherweise dahinter liegen. Ich hatte ein längeres Gespräch im Einwohnermeldeamt mit einer Beschäftigten dort, die mir da Gründe aufgezeigt hat. Wo ich mich dann nicht wundere, wenn dann einzelne Personen krank werden. Die anderen müssen de facto wegen der Arbeitsverdichtung diese Aufgaben mit erledigen und können es auch nun mal nicht mehr. Aus dem Grund...es ist richtig, es ist in der Regel Aufgabe unverständlich...dann muss eben der Stadtrat reagieren, weil die Aufgabenerfüllung der Verwaltung letztendlich auch sozusagen, ein Stückchen jedenfalls der Obhutspflicht des Stadtrates unterliegt. Und zwar insoweit wie wir, das haben wir ja an der Reaktion gezeigt mit dem Antrag den wir zum Stadtrat beschlossen haben zum Stellenmehrbedarf. Dass ich das hier mit Hinblick auf den Stellenplan, dass wir gegebenenfalls auf den Stellenplan reagieren müssen, wo eine Arbeitsverdichtung da ist, die eigentlich nicht mehr vertretbar ist.

**Herr Töpfer**  
Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ich will das eigentlich auch nur noch mal unterstützen, was der Herr Krause gerade gesagt hat. Ich hatte ja auch die jetzt im Raum stehenden...dieser Beschlussvorlage gegeben. Es geht ja hauptsächlich um eine Information zur Terminverschiebung. Dann ist der erste Teil hoffentlich schon gemacht, die letztlich Aufgabe ist. Und die anderen beiden werden uns zur Kenntnis gegeben. Es ist ja jetzt schon teilweise in der Antwort ja herausgelesen, was schon zum Teil gemacht wird. Aber ich kann es auch nur unterstreichen, auch weil, es ist ja nicht nur bei Herrn Krause angekommen. Es betrifft auch mehrere Mitglieder des Stadtrates...*unverständlich*...

**Herr Töpfer**  
Herr Doege.

**Herr Doege**

Also diese Paketlösung bringt meines Erachtens nicht...sonst wird uns das wieder abgebügelt. Das ist einfach so. Also ich halte wirklich viel dafür, dass wir den ersten Punkt einfach rausnehmen aus dem Antrag. Und den zweiten Punkt umformuliert, dass es vorzulegen ist, das kann man dann auch besser klären. Das ist denke ich unsere Möglichkeit...*unverständlich*...und alles andere, es ist wie es ist.

*Zwischenrufe*

**Herr Krause**

Wir sind ja gemeinsamer Antragessteller. Für uns wäre das ja okay, den Punkt 1 rauszunehmen, wenn uns die Verwaltung jetzt sagen würde, das steht dann im Protokoll, reicht aus, wird für alle Bereiche gemacht. Dann müssen wir es nicht beschließen, dann ginge man...*unverständlich*...

**Herr Töpfer**  
Herr Häder.

**Herr Häder**

Also warum formulieren wir nicht einfach: die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend eine aktuelle Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG für alle Geschäftsbereiche den Stadtrat vorzulegen. Dann wir alle Geschäftsbereiche drin.

*Zwischenrufe*

**Herr Bernstiel**

...wenn wir da vielleicht noch eine Frist reinsetzen. Wenn das vorliegt, müsste es ja relativ zeitnah bis zum Stadtrat Oktober vorliegen.

*Zwischenrufe*

**Frau Hahnemann**

Ich würde gerne mal was dazu sagen um das Verfahren ein bisschen zu verdeutlichen. Also, der Fachbereich Personal zieht demnächst um von der Magdeburger Straße 23 in die Nikolaistraße 8. Wo das Liegenschaftsamt war, dort wird der gesamte Personalbereich künftig sein. Das gehört jetzt nicht zum Thema, aber ich will es nur mal sagen, bis Ende Oktober, Anfang November, also die letzte Oktoberwoche und die erste Novemberwoche. Wir müssen dann drei Tage schließen, denn es geht nicht anders.

Aber, in dem Zusammenhang wie das Liegenschaftsamt ausgezogen war, habe ich die Arbeitssicherheit geholt, die eine Gefährdungsanalyse sozusagen für dieses Objekt zum Beispiel gemacht hat. Also unter welchen Bedingungen gestalten sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Das ist die Arbeitsgefährdungsanalyse nach dem Arbeitsschutzgesetz, worauf Sie sich beziehen. Und das liegt vor und wird auch in dem Arbeitssicherheitsausschuss dann, also wenn es erfolgt ist, besprochen. Auch Mängel werden thematisiert. Bei uns war es zum Beispiel Blendschutz, also sonnenseitig. Dann gestatten Sie mir, ich bin sehr für Ihren Änderungsantrag, weil es liegen Gefährdungsbeurteilungen vor. Die werden nicht von Amtswegen gemacht, sondern auf Antrag. Also das heißt schon, wenn jetzt ein neues Amt in ein neues Objekt zieht, dann wird es schon gemacht. Aber auch jeder Mitarbeiter kann das beantragen. Und im Ergebnis dieser Gefährdungsbeurteilung wird der Vorgesetzte dann beauftragt diese festgestellten Mängel abzustellen.

Wenn Sie jetzt sagen Ihnen liegen Hinweise von Beschäftigten vor, die sagen Arbeitsverdichtung, dann sind wir natürlich gehalten diese Anzeigen, die ja auch bei uns eingehen, die Überlastungsanzeigen, wir haben sie vorhin thematisiert, zu prüfen. Und bitte glauben Sie uns, wir sind selbst am meisten daran interessiert, dass unsere Beschäftigten in guten Verhältnissen arbeiten können, dass es eine Verdichtung gibt. Aber auch jetzt vor dem Hintergrund der Situation...*unverständlich*...und wir tun wirklich alles daran um das zu entschärfen. Gleichwohl gehen wir natürlich diesen Hinweisen natürlich nach und werden darüber informiert.

*Zwischenrufe*

**Herr Senius**

Wenn ich das richtig verstanden habe, ich habe jetzt gehört, die Gefährdungsbeurteilungen werden immer anlassbezogen durchgeführt.

**Herr Bürgermeister Geier**

Genau.

**Herr Senius**

Das schließt aber auch psychische Belastungssituationen, psychische Gefährdungen mit ein? Und wenn eine Überlastungsanzeige vorliegt innerhalb der Bereiche, dann wird in diesen Bereiche eine Gefährdungsbeurteilung erstellt. Das ist Aussage?

**Frau Hahnemann**

In der Regel, ja.

**Herr Senius**

Okay...*unverständlich*...auf Grund von den aufgelaufenen Überlastungsanzeigen eigentlich für einen breiteren Raum der Verwaltung zeitnahe Gefährdungsbeurteilungen erstellen.

**Frau Hahnemann**

Genau. Wir werden uns also momentan darum kümmern, dass die Arbeitssicherheit die...*unverständlich*...nicht Personalbereich, sondern im Bereich OB. Wir werden das aufbereiten.

**Herr Senius**

Dann macht es glaube ich schon Sinn, den Antrag zu terminieren. Und wenn Sie sagen Sie ziehen zeitnah um, dann ist das gut nachvollziehbar aber spätestens bis Ende des ersten Quartals ist ein Ergebnis vorzulegen.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Ich würde jetzt gerne dazu noch mal folgendes ausführen. Ich schicke voraus, dass das für mich klar ist, dass es in der Verwaltung, insbesondere durch diese Flüchtlingsthematik, Bereiche gibt, wo es eine sehr schwierige Situation ist und wo auch die Mitarbeiterschaft das ein oder andere zu knabbern hat. Und ich hoffe, dass die Frau Saubke als Vorsitzende des Personalrates, dann in unserem Zusammenspiel auch im Laufe der Zeit mitbekommt, dass ich da jemand bin, der differenziert vorgeht. Ich schicke das deshalb voraus, weil mir nicht gefällt an dem Antrag, dass es sozusagen präventiv über alle Bereiche gehen soll. Und dass ich dann sozusagen diese Messlatte, wann eine Gefährdung eintrifft, ziemlich tief lege. Also da könnte dann zum Beispiel im Steueramt welche auf die Idee kommen und dann sagen: Ach so ein Beschluss ist in der Welt? Prima, dann schieben wir mal eine Gefährdungsbeurteilung los und schon kriegen wir mehr Personal. Also ich bitte einfach drum auch diese Auswirkungen mal so ein bisschen im Hinterkopf zu behalten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dann, sagen wir mal, alles diskussionsfrei abläuft, wenn in der Überprüfung dieser Dinge...dass auf Wunsch und Einschätzung der Beschäftigten der Verwaltung plötzlich 200 Leute mehr einzustellen sind. Also das heißt, ich plädiere für Differenziertheit und ich plädiere auch dafür, dann tätig zu werden, und dann muss man auch tätig werden, das sehe ich genauso wie verschiedene Stadtratsmitglieder, das sehe ich dann auch wie der Personalrat, in diesen Bereichen, wo es uns die Mitarbeiterschaft anzeigt. Und ein Beispiel war der Sozialbereich von Herrn Baus. Das was sich die Verwaltung da ankreiden lassen muss, ist, dass vielleicht etwas zu lang gedauert hat bis das in die Wege ging. Da gibt es verschiedene Gründe und Ursachen, die möchte ich hier damit weiter erläutern. Aber es ist zumindest so, dass bilde ich mir nicht ein, dass auf der Ebene Fachbereich 10 auch unter Einbeziehung Personalrat, schnell Ursachen gefunden wurden und relativ schnell nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wurden. Also Sozialamt Baus, ist das beste Beispiel, dass man da gegensteuert.

Und jetzt gibt es für mich drei Punkte die da quasi bei der Frage, wie ich eine Belastungssituation sehe, eine Rolle spielen. Das eine sind Fallzahlen, also das heißt Fallzahlen die jetzt insbesondere im Teil der Flüchtlings- und Asylfragen sehr stark hochkommt, gibt es auch teilweise in anderen Bereichen. Das zweite ist die Frage von Besetzungen. Also das heißt, wie schnell treffe ich irgendwelche Besetzungen. Da gab es die Diskussion zu Recht. Dass also vielleicht auch schneller extern zu besetzen ist. Diese Entscheidung liegt aber allein bei der Verwaltungsspitze. Das heißt da kann praktisch der Stab innerhalb der Verwaltung das entsprechend vorbereiten und muss dann aber für die Verwaltungsspitze...und der Mittelpunkt ist einfach die Frage, wie man da zum Beispiel mit Langzeitkranken umgeht. Und da war bisher nur quasi das Petitum, dass man sicherlich zu Lasten derjenigen die da sind abwartet und darauf hofft, dass derjenige der länger krank ist, möglichst schnell wieder zurück kommt und eingegliedert wird. Ich kenn da auch Verwaltungen die sagen, wenn nach 42 Tagen derjenige nicht da ist, dann wird die Stelle neu besetzt. Und wenn er dann irgendwann zurückkommt, dann muss er dann eben im Prinzip in der Verwaltung das nehmen, was noch übrig bleibt.

Ich will damit sagen, dass man natürlich mit so einem Antrag in gewisser Weise eingespielte, abfedernde Maßnahmen und Vorgehensweisen in Frage stellt. Und deshalb muss ich einfach sagen, differenziert ja, aber präventiv über alle Geschäftsbereiche, finde ich ehrlich gesagt nicht gut.

### **Herr Töpfer**

Herr Bernstiel.

### **Herr Bernstiel**

Das kann man ja durchaus nachvollziehen. Jetzt ist es aber leider so, jetzt haben Sie ausgerechnet den Herrn Baus rausgesucht. Uns hat ein Schreiben erreicht, genau aus diesem Bereich, anonymisiert. Und das zeigt genau ein gegenteiliges Bild. Und findet natürlich seinen Gipfel in den Ereignissen die in der Zeitung zu lesen waren, im Sozialamt. Und das ist ja auch ein bisschen der Hintergedanke, dass es scheinbar Mitarbeiter in der Verwaltung gibt, die sich eben nicht trauen von sich aus diese Überlastungsanzeigen zu stellen. Zumindest ist das der Eindruck, den wir gewinnen müssen, wenn wir immer wieder solche anonymen Informationen bekommen. Jetzt ist ja schwierig für uns als Stadträte, wie sollen wir reagieren. Ich habe den Brief hier auch mit, weil ich nicht weiß, ob Sie den auch bekommen haben.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Ich kenne den zum Beispiel nicht.

### **Herr Bernstiel**

Genau, das hatte ich mir fast gedacht. Es ging wohl nur an die Stadtratsfraktionen und da würde ich auch gerne nachher noch mal nachfragen wollen, im nicht öffentlichen Teil, wie denn da jetzt genau die Situation war. Scheinbar ist da auch nicht alles erzählt worden. Hier ist auch die Rede, dass sich Sicherheitskräfte den Arm gebrochen haben und sich danach noch einer OP unterziehen mussten. Wir haben den extra noch mal ausgedruckt, damit Sie den dann auch haben. Den kann ja mal durchreichen. Aber das ist so ein bisschen die Gegenrede zu dem, dass es ja gerade in den Sozialbereichen hervorragend funktioniert.

### **Herr Bürgermeister Geier**

Nein Moment. Ich habe nicht gesagt, dass es hervorragend funktioniert sondern dass man auf die Situation reagiert. Und wenn sich da natürlich tagtäglich oder gerade bei der Dynamik bei Flüchtlingen immer etwas weiter entwickelt, dann muss man schon auch die Möglichkeit bekommen, dass man das entsprechend nachsteuern kann. Das ist dann alles nicht immer sofort umsetzbar. Das liegt dann ein bisschen in der Natur der Sache.

### **Herr Töpfer**

Herr Senius.

### **Herr Senius**

...*unverständlich*...Es geht darum, dass im Endeffekt frühzeitig analytisch und mit Gegenmaßnahmen flankierend entgegenwirkt. Es wird im Endeffekt darauf hinaus laufen, dass die Arbeitssituation der Mitarbeiter und für die Organisation insgesamt eine bessere...*unverständlich*...Wir haben jetzt in der Stadt aus verschiedenen Quellen Anzeigen von Überlastungen, förmliche Überlastungsanzeigen. Der Oberbürgermeister sagte aber nicht in welchen Bereichen. Deshalb heute noch mal eine Anfrage dazu. Wir wissen im Endeffekt was geschieht...eine Belastung zugeführt werden...*unverständlich*...Die Verwaltung steht im Endeffekt in Organisationsaufgaben. Wir haben vor wenigen Wochen der Zeitung entnommen, dass es ein Dienstleistungszentrum Migration eingerichtet wird in der Stadt. Alles andere sind Dinge die eigentlich Sinn machen, um eine Gefährdungsbeurteilung vorzunehmen. Deshalb würde ich schon begrüßen, den Antrag vom Ausmaß der Gefährdungsbeurteilungen zu lassen, wie er angelegt ist...*unverständlich*...quasi eine Gefährdungsinventur vorzunehmen, in welchen Bereichen es eigentlich besonders brennt und wo sich Spitzen abzeichnen.

### **Herr Töpfer**

Herr Kogge und dann Herr Cierpinski.

### **Herr Kogge**

Ich würde gerne ganz kurz zu dem Schreiben sagen...*unverständlich*...Dinge sich darstellen und keine Adresse hinterlegt sind, wo ich etwas hinschicken kann...*unverständlich*...Herr Baus war da, Frau Winter war da, ich auch...*unverständlich*...Wir haben den Sicherheitsdienst verstärkt. Wir haben das ausgeschrieben. Das sind etwas schrankartige Personen die dort stehen. Die Kasse ist im vierten Stock...*unverständlich*...Ja, wir haben Überlastung. Aber die Erfahrung in der Stadt ist, dass wir die Leute aufmuntern Überlastungsanzeigen zu stellen. Aber wir sagen es den Leuten, das ist permanent Thema, macht es doch, damit wir es auch wissen und nur dann kann man reagieren...*unverständlich*...

### **Herr Töpfer**

Herr Cierpinski.

### **Herr Cierpinski**

Ich möchte noch mal kurz auf den Arbeitsschutz zurückkommen. Der Arbeitgeber ist grundsätzlich verpflichtet, den Arbeitnehmer zu schützen. Das betrifft dann nicht nur, wenn jemand umzieht...es gehört auch immer dazu, dass man sich die Teams anschaut. Wenn man sich den Katalog anschaut, dann zielt der erst mal in dem Fall Stadtverwaltung...*unverständlich*...wie sich der Arbeitnehmer fühlt. Wenn ich dann den Ausführungen folgen kann, ist das Kind in den Brunnen gefallen. Das heißt, es wird sich keiner mehr trauen. Ich halte das nicht für den richtigen Weg. Und was feststeht, es ist eine regelmäßige Aufgabe...und ich glaube das Verständnis ist auf allen Seiten da...ist es trotzdem eine Pflichtaufgabe, die ist sogar Bedingung...*unverständlich*...dass es regelmäßig ist, dass es Fortschreibungen gibt, dass es Wirksamkeit gibt. Das kann man nicht nur einmal machen...*unverständlich*...In dem Sinne kann ich nur noch mal appellieren, dass man sich doch Gedanken macht, auch präventiv, und sich regelmäßig dieses Thema annimmt.

### **Herr Töpfer**

Herr Krause und dann Herr Geier.

### **Herr Krause**

Also erstens auf Grund der Anregung von Herrn Doege mit dem geänderten Vorschlag. Wir würden sozusagen, das müssten wir noch abstimmen wie der Wortlaut genau ist, schon eine Modifizierung im Sinne eines Änderungsantrages zu Punkt 1 und 2 vornehmen...*unverständlich*...Wir haben unsere Initiative nicht gemacht auf Grund eines Briefes. Den kennen wir gar nicht, die kennt auch die...gar nicht...*unverständlich*...ich würde die Verwaltung mal bitte, sich selber nicht in die Situation hinein zu begeben. Das ist seitens der Stadträte auf Grund der Dinge die wir auch mal so hören, auch mitdenken. Das ist ein erster Formulierungsversuch gewesen für den Antrag. Wir wollen auch nicht Zuständigkeiten unterbrechen. Darum geht es nicht. Es geht doch um die Betroffenen. Und ich will das noch mal sagen, Herr Geier, Sie haben gerade gesagt, wenn ich mich richtig erinnere, dass in dem Gutachten zum Geschäftsbereich IV...

### **Herr Geier.**

140.

### **Herr Krause**

...das eine ist die Definition durch den Gutachter was die Soll-Größe sein soll. Und das andere ist die Ist-Größe. Und wir waren, als wir damals...Sozialberatungsgeschichten, waren wir bei Fallgrößen über 300. Da war die Zielstellung vor einem Jahr, das war auch, ich meine es war sogar in den Haushaltsberatungen, dass wir lange diskutiert haben im Rahmen der Stellenplandiskussion. Da haben wir damals gesagt das geht nicht, weil wir dann sozusagen weitere Potenzierung der Arbeitsleistung...*unverständlich*...wo kein Absatz ist, wissen wir doch wo es endet. Das war die Ausgangssituation. Wir haben, es sei denn es ist mit

entgangen, wir haben bis dato nicht gehört, wie die tatsächlichen Fallzahlen sich jetzt bis zum heutigen Stand entwickelt haben, wo die stehen, wo Personen wie viel die zur Zeit stehen. Das ist jetzt keine Kritik, das ist nur eine Feststellung. Und das ist doch sozusagen einmal die definierte Zahl...wo wir uns im Grunde genommen darauf verständigt haben. Soll-Zahlen und die Ist-Zahlen. Das sind transparente Parameter auf die man sich verständigen kann, wo man sagen kann, wo ist noch Nachförderungsbedarf und wo nicht. Und dann kommt die Krankentwicklung hinzu. Wir wollen doch, wir wollen auch, dass die Verwaltung arbeitsfähig bleibt und dass sie nicht unnötige Härten ertragen muss. Gerade wenn man jetzt noch eine höhere Belastung haben. Das ist doch sozusagen das. Und wir haben, das sage ich auch mal ganz offen an der Stelle, ich glaube nicht, dass die SPD-Fraktion als einzige diese Meinung hat. Wir haben speziell was die Flüchtlings-, die Belastungssituation angeht, den Eindruck, dass der Hauptverwaltungsbeamte nicht mitzieht...zum Mehrbedarf Personal nicht geht. Muss ich jetzt mal sagen. Das heißt, wenn man das konstatieren muss, dann ist es doch klar, dass wir, wenn wir von Gefährdung im Gesundheitsbereich oder Überlastung, dann auch reagieren. Wir hatten zwischenzeitlich an Sie eine Anfrage gestellt vom 02.10.2015. Da haben wir noch keine Antwort. Das ist jetzt auch wieder keine Kritik.

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

Das haben wir dabei.

**Herr Krause**

Das habt ihr dabei, wir aber noch nicht. Das heißt also, wir haben auf Grund dessen den Antrag formuliert. Die Antworten lagen uns bis dato nicht vor. Das muss man zeitlich auch in einen Zusammenhang bringen...das alles sozusagen noch fristgemäß hinzubekommen. Aber es gehört eben zum ganzen Spektrum mit dazu. Ich bitte dafür, nicht einen Widerstand aufzubauen...Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten mag ja sein...vom Gesetz geregelt, dass er zuständig ist. Wir wollen mit dem Antrag nur erreichen, dass wir als Personalausschuss oder die Räte erfahren, wie ist denn die Situation tatsächlich. Wir wollen auch gerne dazu hören, das sehen Sie zum Beispiel im Punkt 3, wie bewertete das die Verwaltung. Und das zeigt doch schon, dass wir gar nicht auf Krach aus sind und jemanden vorzuführen, sondern wir wollen mitgenommen werden. Das ist das Thema. Und wir wollen als Teil des Dienstherren der Verantwortung gerecht werden in dem wir uns nicht vorwerfen lassen, wir hätten nicht reagiert.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Das müssten wir vielleicht noch ins Protokoll mit reinnehmen. Jetzt haben wir ja letztendlich momentan diesen Antrag.

**Herr Senius**

Ich nenne mal, anstelle im Punkt 1 „zu erstellen“ sondern „dem Stadtrat vorzulegen“.

*Zwischenrufe*

**Frau Hahnemann**

Wir können auch das abgeben, was aktuell vorliegt, damit Sie auch sehen, dass wir auf diesem Gebiet arbeiten.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Also statt „zu erstellen“, „dem Stadtrat vorzulegen“. Das macht ja auch Sinn, es ist ja etwas da.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

...das haben wir doch jetzt geändert. Erstellen, vorzulegen. Also kann die Stadtverwaltung nur vorlegen, was sie momentan hat.

**Herr Senius**

Darf ich ohne dass wir es abgestimmt haben, ein Formulierungsvorschlag machen? Vielleicht kann ja auch die Verwaltung damit leben. Wir differenzieren im Zweiten „Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die aktuell vorliegenden Gefährdungsbeurteilungen nach § 5 ArbSchG unverzüglich vorzulegen“. Das ist der eine Punkt. Und zweitens: „Für die Gefährdungsbeurteilungen nach § 5 ArbSchG für die übrigen Geschäftsbereiche sind bis zum Ende des I. Quartals 2016 vorzulegen“.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Lasst doch die Ziffer 1. Ziffer 1 heißt „ist vorzulegen“. Und wenn ich dann nicht zufrieden bin...

*Zwischenrufe*

**Herr Krause**

...Sie legen uns das vor, aber dass Sie möglicherweise auch einen Geschäftsbereich oder einen Fachbereich nicht...unverständlich...und der ist dann erledigt. Das haben wir nicht gefasst in dem Beschluss. Darum geht es ja eigentlich.

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

...ich gucke gerade in den § 5 rein. Da steht in dem Absatz 3 „eine Gefährdung kann sich ergeben, kann sich insbesondere ergeben durch“. Kann sich ergeben. Und ich sehe es einfach so, dass ich hier quasi eine Formulierung wähle, wo das alles schon hinter steckt.

**Herr Töpfer**

Aber über Ziffer 1 sind wir uns hier alle erst einmal einig.

*Zwischenrufe*

**Herr Krause**

...kann sich ergeben bedeutet nichts anderes, dass sich Beispiele darauf ergeben.

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

...aber ich werde sozusagen zu einer Aktion verpflichtet und ich kann nach meiner Auffassung eine Aktion nur dann machen, wenn ich ein entsprechendes Feedback gestellt bekomme.

*Zwischenrufe*

### **Herr Töpper**

Herr Cierpinski, bitte.

### **Herr Cierpinski**

Also ich kann das nicht aus diesem Gesetz entnehmen. Also klar, im Absatz 2 steht „kann sich ergeben“, das sind tatsächlich Beispiele. Aber in Ziffer 1 steht „Der Arbeitgeber hat durch eine Beurteilung der für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdung zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind.“ Das heißt er hat nicht erkannt und nicht wenn da irgendwo eventuell was sein könnte hat er was zu machen. Sondern der Arbeitgeber durch eine Beurteilung eine Gefährdung zu ermitteln...*unverständlich*...es heißt „Der Arbeitgeber hat die Beurteilung je nach Art der Tätigkeiten vorzunehmen. Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.“ Das heißt aber trotzdem, es hat erledigt zu werden. Also das heißt, eine Prüfung muss erfolgen. ..

*Zwischenrufe*

### **Herr Bürgermeister Geier**

Doch hier, § 16 „Die Beschäftigten haben dem Arbeitgeber jede von ihnen festgestellte unmittelbare erhebliche Gefahr mitzuteilen“. Das ist genau der springende Punkt.

*Zwischenrufe*

### **Herr Bürgermeister Geier**

...Beschluss trifft, dass es sozusagen per se zu machen ist, dann ist es quasi präventiv.

*Zwischenrufe*

### **Herr Senius**

Sehr geehrter Herr Beigeordneter, es ist so, im § 5 ist der Arbeitgeber verpflichtet für die Beschäftigten in den mit der Arbeit verbundenen Gefährdungen zu ermitteln. Das hat er als Standard-Schutzaufgabe zu vollziehen. Im Absatz 3 ist dann im Prinzip noch einmal aufgeführt, die Fälle, aus denen sich insbesondere Gefährdungen ergeben können. Es heißt aber nicht, dass nur in diesen Fällen eine Gefährdungsbeurteilung vorzunehmen ist.

### **Herr Knöchel**

Ich möchte das gerne schieben und mit den Änderungen ...*unverständlich*...ich gehe davon aus, dass der Oberbürgermeister für jeden Arbeitskreis eine entsprechende Gefährdungsanalyse hat...*unverständlich*...Das ist sicher auch nicht das Problem. Wir gehen davon aus, bei dem was Sie geschildert haben, dass für Bereiche, wo sich Veränderungen ergeben haben...*unverständlich*...das dann neu gemacht wird. Das heißt, ich bitte, wenn das so beschlossen wird, müssten Sie uns eigentlich erst einmal eine Liste vorlegen über alle durchgeführten Gefährdungsanalysen. Dann kann der Ausschuss entscheiden, ob er das haben möchte...eine Übersicht würde in dem Moment reichen. Für die Bereiche wo es das noch nicht gibt, das ist ja die eigentlich interessante Sache. Weil ich glaube die antragsstellende Fraktionen interessiert, ob auf Entwicklung reagiert wird. Das heißt die können nicht alle vom 03.10.1990 sein...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

### **Herr Bernstiel**

...irgendwo kann ich die Abwehrhaltung verstehen. Aber so richtig haben wir uns jetzt verselbstständigt. Ich wäre auch dafür, dass wir das jetzt auch mal abstimmen. Ich will nur noch mal darauf hinweisen, die ganzen Prozesse...Oberbürgermeister sagt Konzern Stadt. In jedem städtischen Unternehmen findet das statt und das ist eine ganz normale Aufgabe.

**Frau Hahnemann**

Das machen wir ja auch.

**Herr Bernstiel**

Deswegen verstehe ich aber die Gegenrede nicht oder das Präventive nicht. Das ist halt zu erledigen. Wo ist denn das Problem? Dann haben wir das jetzt erkannt, dass es offensichtlich in der Stadtverwaltung noch nicht in allen Bereichen gemacht wird. Wir verstehen das Problem nicht. Das findet auch in jedem anderen Betrieb statt...aber man muss unterscheiden zwischen der Prüfung aller Geschäftsbereiche und der zusätzlichen Möglichkeit, dass man als Arbeitgeber...ich würde jetzt auch den Antrag stellen, dass wir diese Beschlussvorlage abstimmen.

**Herr Töpfer**

Ja welche? Welchen Antrag?

**Herr Bernstiel**

Die geänderte Beschlussvorlage.

**Herr Töpfer**

Die haben wir doch noch nicht, wir haben uns doch noch nicht geeinigt.

**Herr Krause**

Ich möchte das noch mal eindeutig sagen. Dieser Antrag neben den Anfragen, die wir schon gestellt haben, der basiert auf dem Personalbericht, wo die Verwaltung explizit selber psychische Belastungen feststellt. Und wir wollen gerne wissen, in welchen Bereichen habt ihr die Untersuchungen schon gemacht, in welchen Bereichen nicht. Frau Hahnemann hat vorhin erklärt, so habe ich es verstanden, wir suchen das jetzt mal zusammen, wo halt schon was gemacht worden ist und legen euch dann vor. Das ist doch ein vernünftiges Angebot, ein vernünftiger Gedanke. Und nichts anderes umfasst der Punkt 1, den wir gerade besprochen haben. Dass wir, wie in Punkt 3, eine Bewertung von der Verwaltung noch mal zu dem Vorgang haben wollen, ist auch normal. Und das Ganze basiert auf dem, was Sie uns geschildert haben in dem Personalbericht. Das ist doch ganz normal. Das heißt, Sie legen uns das vor. Wir können ja auch eins machen, dass Sie in der Liste sagen, in welchen Bereichen es noch nicht stattgefunden hat, oder in letzter Zeit nicht stattgefunden hat. Und dann kann sich doch auch beim Gespräch darauf einigen hier im Ausschuss, das man sagt, würdet ihr nicht bitte auch in dem und dem Bereich...*unverständlich*...und schon kommt man da ein Stück weiter.

**Frau Hahnemann**

Nur noch eine Verständnisfrage. Welchen Zeitraum meinen Sie?

**Herr Krause**

Ich denke wir müssen nicht mehr reden von vor drei Jahren...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

**Frau Hahnemann**

Herr Knöchel hat es ja schon angedeutet. Es wird eine Liste sein, wo zu ersehen ist, was wir untersucht haben. Da ist schon ordentlich was zusammen. Das ist ja auch, wenn ein Beschäftigter sagt „Ich sitze nicht richtig“, dann wird eine Gefährdungsanalyse gemacht. Dann braucht man vielleicht eine Fußstütze oder einen neuen Stuhl. Und das wollen Sie doch nicht wirklich, also das legen wir Ihnen vor und Sie entscheiden dann.

*Zwischenrufe*

### **Herr Knöchel**

Ich denke, man kann das so beschließen...unverständlich...und dann tragt ihr vor und bringen vielleicht die entsprechende Liste mit. Und dann kann man entscheiden, wie man das vielleicht weiter behandeln will. Ich habe die antragsstellenden Fraktionen so verstanden, dass sie ein grundsätzliches Informationsbedürfnis haben. Und dann kann man sozusagen auf Grund dessen entscheiden. Aber den Antrag muss man nicht ändern. Weil Sie müssen erst mal in einem gewissen Umfang den Beschluss erfüllen. Das heißt die notwendigen Informationen liefern, dann kann...

### **Herr Krause**

...ich mache jetzt mal einen Vorschlag. Wir vertagen den Antrag bis zur nächsten Sitzung auf Grund der Aussage der Verwaltung, wir legen euch noch was vor. Dann reagieren die...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

### **Herr Krause**

Moment, wir haben selbstverständlich die Dringlichkeit gesehen, aber die Verwaltung hat ja reagiert in der Sitzung, in der Diskussion, dass sie etwas aufbereiten müssen. Sie haben reagiert und gesagt, wir legen euch was vor. Und dann können wir hingehen und sagen, Moment, wir fassen hier heute keinen Beschluss, sondern gucken was sie uns vorlegen.

*Zwischenrufe*

### **Herr Knöchel**

Also ich finde diesen Vorschlag von Herrn Krause sinnvoll und die antragsstellende Fraktion sollte vielleicht noch mal überprüfen, ob sie nicht als milderer Mittel zum Heilen des Zweckes den Antrag auf Akteneinsicht stellen. Letztlich macht es das leichter. Dann muss der Oberbürgermeister zustimmen und kann kein Einspruch erheben. Sie haben ja das Recht die Unterlagen zu sehen, die Sie sehen wollen. Dann marschieren Sie ins Personalamt in die Arbeitssicherheit und der Oberbürgermeister...dann muss alles vorliegen, eine Vollständigkeitserklärung vom OB und dann können Sie sozusagen sofort suchen. Ich habe sonst ein bisschen Sorge, dass wir dann eine sehr lange Vorlage kriegen, die wahrscheinlich...*unverständlich*...ich habe so ein bisschen aus der Diskussion den Eindruck gewonnen, Sie wissen auch schon ein Stück weit was Sie wollen. Sie wollen den Gesamtüberblick haben und Sie haben bestimmte Bereiche im Auge, wo man mal gucken muss. Da ist die Akteneinsicht vielleicht das mildere Mittel. Vielleicht können Sie das bis dahin mal miteinander diskutieren. Wir gucken dann mit in die Akten.

### **Herr Krause**

Okay, wir vertagen den Antrag auf Grund der Diskussion und werden den Antrag auf Akteneinsicht stellen, das macht es leichter.

### **Herr Töpfer**

Wir haben den Antrag auf Vertagung. Ich bitte um Zustimmung, also vertagen. Ich bitte um Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Gut, dann ist das vertagt.

*Ende Wortprotokoll*

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

### **Beschlussempfehlung:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend eine aktuelle Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG für alle Geschäftsbereiche zu erstellen.

2. Die Gefährdungsbeurteilung ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

3. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzulegen, wie die Ergebnisse der vorangegangenen Gefährdungsbeurteilungen evaluiert wurden und wie sie die eingeleiteten Gegenmaßnahmen vor dem Hintergrund des erhöhten Krankenstandes bewertet.

## **zu 7        schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 7.1      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Krankenstand im Fachbereich Einwohnerwesen Vorlage: VI/2015/01226**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 8        Mitteilungen**

---

Es gab keine Mitteilungen.

## **zu 9        Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 9.1      Anfrage der SPD-Fraktion zu Überlastungsanzeigen in der Stadtverwaltung Vorlage: VI/2015/01268**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.*

*Anfang Wortprotokoll*

#### **Herr Töpfer**

Herr Krause, normalerweise müsste die Anfrage vorgelesen werden, auch wenn sie schriftlich eingereicht wurde. Aber jeder hat es bekommen. So bin ich versucht, so etwas wie im Stadtrat an die Wand zu werfen.

#### **Herr Bürgermeister Geier**

Frage 1. Also die Antwort ist: zehn Überlastungsanzeigen liegen vor durch 54 Mitarbeiter. Und die elfte Überlastungsanzeige um die es ging, war von einem Mitarbeiter der zwischenzeitlich aus der Stadtverwaltung ausgeschieden ist.

Frage 2, wo sind die Überlastungsanzeigen aufgetreten. Fachbereich 33, Team Bürgerservicestelle Marktplatz, Fachbereich 53, Betreuungsbehörde, Fachbereich 51, Sozialpädagogisches Team Südstadt, Fachbereich 51, Wirtschaftliche Jugendhilfe, Fachbereich 51, Frauenschutzhaus, Fachbereich 61, also Stadtplanung, Team Verkehrsentwicklungsplanung im Nahverkehr, Fachbereich 61, Städtebau Süd/Ost, also Team für den Bereich Süd und Ost, Fachbereich 67, das ist Stadtgrün im Bereich Vergabe/Kataster/Objektplanung, Fachbereich 24, also Immobilienmanagement im Bereich

Platz- und Hallenmeister, Fachbereich 50, Hilfen in besonderen Lebenslagen. Das waren die Bereiche.

Dann zu der Frage 3, die würde ich gerne aktualisiert darstellen. Und zwar wird da jetzt praktisch zu der Bezugnahme rückgekoppelt auf eine Situation, die vor einigen Monaten war. Im Bereich der Betreuungsbehörde und der Grundsicherung war damals die Situation vor allen durch diverse Krankenstände, die dann zu einer personell schwierigen Situation geführt hat. Wir haben dann mittlerweile reagiert und ich habe es jetzt nicht genau im Kopf, das heißt in der Betreuungsbehörde ist alles nachjustiert. Da sind alle Stellen mittlerweile wieder besetzt. Die Krankenstände sind bzw. die Langzeiterkrankungen sind zurückgegangen. Und in der Grundsicherung ist es so, dass da im Moment eine Stelle nicht besetzt ist und ansonsten sich auch alles wieder normalisiert. Aber das kann man dann, daher fand ich es einfach bei der Frage besser, den aktuellen Stand zu liefern, und nicht was da vor ein paar Monaten war.

Bei der vierten Frage, welche Schritte wir unternehmen. Ich meine, das hat Frau Hahnemann vorhin teilweise angesprochen. Das heißt also, es gibt dann entsprechende Analysegespräche mit den Führungskräften, also den unmittelbar vorgesetzten Mitarbeitern. Das ist dann im Regelfall so, dass da ein Organisator mit dazu gezogen wird. Und das dann in dem Zusammenhang dann auch über diese Gefährdungen gesprochen wird, die dann wieder entsprechend in den Arbeitsschutzausschuss eingereicht werden und dort dann weiter geregelt wird.

Im Bereich der Amtsgutachten, das war ein Punkt damals, da sind die vakanten Stellen gesetzt. Im Stadtgrün war ja auch die Situation unter anderem dass eine Stelle nicht besetzt war. Da läuft gerade das Auswahlverfahren. Mit der Grundsicherung ist es so, dass es eine Dynamik in der Fallzahlenentwicklung gibt. Da sind in den Stellenplanentwurf zur Unterstützung dieser Fallzahlenentwicklung vier Stellen aufgenommen. Das sind praktisch die Ausführungen zur Frage 4.

**Herr Krause**

Ich hätte gerne zum Bereich Grundsicherung die Fallzahlen mal aufgeschlüsselt. Das muss nicht heute sein, aber zeitnah.

**Herr Bürgermeister Geier**

Gut.

**Herr Krause**

Können Sie uns diese Antworten auf die Frage 2 noch mal vorab schriftlich geben?

**Herr Bürgermeister Geier**

Machen wir.

**Frau Hahnemann**

Es ist bei uns nämlich auch eine offene Tür. Wir beobachten quasi die Fallzahlenentwicklung und es ist also nicht so, dass generell im Geschäftsbereich 140 Fälle pro Vollzeitstelle...*unverständlich*...Wir sind natürlich daran interessiert, dass unsere Beschäftigten nicht per se...*unverständlich*...

**Herr Krause**

...für uns ist diese Information auch absolut wichtig...*unverständlich*...

**Herr Töpfer**

Weitere mündliche Anfragen?

**Herr Doege**

...Mehrbedarf festgestellt wurde, durch die Änderung des Meldegesetzes, mit erhöhtem Aufgabenumfang. Da würde mich schon mal interessieren wie darauf reagiert wird.

**Frau Hahnemann**

Wir haben vorgesehen im vorliegenden Stellenplanentwurf drei Stellen im Ausländerwesen. Und auch da steht es unter Bemerkungen, Fallzahlerhöhung. Und weitere zwei im Bereich Meldegesetz/Pass.

*Zwischenrufe*

**Herr Doege**

Die drei waren ja im Rahmen der Orguntersuchung.

**Herr Bürgermeister Geier**

Das war im Prinzip die Folge aus der Untersuchung Sozialbereich. Weil die Überlegung einfach war, wenn im Sozialbereich ein Mehrbedarf ist, dann kommt da noch was bei der Ausländerbehörde an Stellen an. Deswegen haben wir das untersucht und dann kam im Ergebnis dann diese drei zusätzlichen Stellen raus.

**Herr Doege**

Es ist zwar keine Anfrage, aber dann hätte ich noch eine Bitte daraus für die Diskussion zum Stellenplan. Wir brauchen aus dem Stellenplan Mitteilungen, wo sind jetzt aktuell Änderungen für den Stellenplan absehbar auf Grund der erhöhten Zuweisung von Flüchtlingen. Wenn diese Zahl stimmt, dann schmeißt das ja die gesamte Stellenplanung um. Und dazu kommt ja noch, wenn ich den Oberbürgermeister in seiner Aussage richtig verstanden habe, dass die Stadt Halle die ZAST-Aufgabe übernehmen soll. Das heißt also, selbst wenn ich die...unverständlich...in Halle für Halberstadt...

**Herr Krause**

Wir teilen die Aufgabe. Gesundheitsprüfung...

**Herr Doege**

...ist ja eine ZAST-Aufgabe in erster Linie. Also Personenidentität, mittlerweile ich ja sowieso der Rechtsstatus abgesetzt wurden und wir müssen alle die hierher kamen, als Asylbewerber sich einer Sicherheitsprüfung unterziehen. Das will ich nur noch mal sagen. Das macht kein Mensch mehr, bei den Massen wahrscheinlich auch gar nicht möglich. Aber ich möchte es nur noch mal thematisieren, was daran hängt. Da hängen wieder Leute dran...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Sie haben ja zu Punkt 4 aufgeführt, welche Schritte gegangen werden. Es waren ja nicht alle Bereiche genannt. Ich habe nur elf Bereiche gezählt. Ich glaube die 51 und 53...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

Ich habe dargestellt, was wir im Moment abarbeiten. Und die anderen gehen dann sukzessive weiter.

**Herr Cierpinski**

Also zu den anderen ist auch noch was geplant. Dann wäre es schön, wenn Sie das beim nächsten Mal darüber informieren.

**Herr Töpfer**

Herr Bernstiel.

**Herr Bernstiel**

Ich hätte gerne, das muss auch nicht allzu ausführlich sein, eine kurze Meldung, wie sich die ganze Flüchtlingsthematik auf die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung auswirkt. Ist es schon so, dass nicht mehr die Möglichkeit bleibt, die eigentlichen Aufgaben zu erfüllen, dass man quasi so eingespannt ist, dass man sich nur noch um das Thema dreht? Oder gibt es noch Kapazitäten? Weil, der Bericht den der Oberbürgermeister im Stadtrat gegeben hat, der war auch relativ oberflächlich wie ich fand. Vielleicht können Sie und noch mal kurz einen Überblick geben, wie akut das Problem aktuell ist.

**Herr Bürgermeister Geier**

Das ist Chefaufgabe und bleibt Chefaufgabe. Aber es ist natürlich so, man muss jetzt natürlich eins klar sagen bei der Frage, wie die Flüchtlinge zu integrieren sind, kommen natürlich immer wieder Detailthemen auf. Also wenn man am Anfang immer nur fokussiert war auf Sozialbereich/Ausländerbehörde, sagen wir mal Integrationscoaches, kommen jetzt also Themen dazu wie Umzugsmanager, wie zahle ich aus, Einwohnermeldebehörde. Das heißt...Gesundheitsamt, das geht irgendwann, früher oder später in alle Bereiche rein. Und das ist genau das Problem, dass man das im Moment nicht abschätzen kann, weil nicht klar ist wie die Quote der Aufenthaltsgenehmigungen ist. Das heißt, wer da bleiben darf. Und was mit den abgewiesenen Asylbewerbern passiert. Und deshalb, um noch mal auf den Herrn Doege zurückzukommen, sieht es so aus, dass wir im Moment nur hingehen können und können quasi die klassischen Landes- und Bundesaufgaben, insbesondere ZAST und Unterbringung, sowohl in den Sachkosten als auch in den Personalkosten mit 100 % Refinanzierung darstellen. Anders geht es im Moment gar nicht. Und die Frage, was da möglicherweise durch diese Kommunalisierung, also wenn es um diese Integration bestätigter Asylbewerber geht, was da alles in unterschiedlichen Bereichen auf uns zukommt, das wird natürlich auch mit einer gewissen Zeitverzögerung passieren. Da gibt es dann im Moment so Bereiche, wo sich das so heraus kristallisiert. Aber da gibt es noch viele Bereiche, wo das noch in der Schwebe ist und dann halt rauskommt. Ich sage mal als Beispiel Schulthemen, Kitathemen und so weiter und so fort.

**Herr Bernstiel**

Dann möchte ich die Frage vielleicht etwas konkretisieren, aber die würden wir auch noch mal im Stadtrat stellen. Ist denn das Personal der Stadtverwaltung mit der aktuellen Zahl der Flüchtlinge in der Lage das zu händeln? Oder sind wir jetzt schon an der Kapazitätsgrenze?

**Herr Bürgermeister Geier**

Rein von der...da wird es denke ich mal deutlich im Bereich von Herrn Baus. Da wird es ganz deutlich im Moment. Ansonsten ist es rein formal Landesaufgabe. Und die bedienen sich dann im kommunalen Bereich für bestimmte Dinge...Das heißt diese Verteilung, Zuweisung wird sinnvollerweise vom Kommunalbereich gemacht.

**Herr Bernstiel**

Das Problem ist einfach, wenn mich jetzt Bürger fragen, wie weit wir noch mit den anwesenden Flüchtlingen noch umgehen oder sind die schon am Limit. Das muss ich doch irgendwie beantworten können. Das ist doch das Problem...*unverständlich*...

**Herr Bürgermeister Geier**

Also zum Beispiel wirkt es sich im Moment im Steueramt überhaupt nicht aus. Im Moment.

*Zwischenrufe*

**Herr Bürgermeister Geier**

Deshalb kann ich nicht pauschal sagen...

**Herr Häder**

Aber Sie werden doch sagen können, dass es ohne Neueinstellungen höchstwahrscheinlich...*unverständlich*...

*Zwischenrufe*

**Herr Bernstiel**

Aktuell haben Sie die Situation noch im Griff und können...

*Zwischenrufe*

**Herr Kogge**

...wegen der Unterbringung haben wir schon zehn Stellen geschaffen...die Frage, nehmen wir 3.600 dieses Jahr gesamt auf oder sind es 2.300...*unverständlich*...Wir wollen verhindern, dass Flüchtlinge auf der Straße leben. Wenn Sie Integrationsleistung sehen wollen, dann bin ich mir nicht sicher...Schulversorgung, das sind 1.600 Kinder mehr in diesem Schuljahr, diese unterzubringen und das zu regeln. Das kann ich nicht sagen. Die Frage ist, was wir machen, in die Schulen gehen und dann einweisen...ob der Lehrer da ist, der noch da ist um mit ihnen zu reden, 28 verschiedene Nationen in der Kastanienallee machen deutlich, was los ist...*unverständlich*...Und die Frage ist, ob wir dann, wenn wir für alle einen Antrag stellen würden, die entsprechenden Plätze haben, wir nachlegen müssen. Vor allen Dingen müssen wir natürlich Fragen der Essenskultur oder der Bildungskultur nachgehen. Wir haben im Wesentlichen Frauen im Bereich Kindertagesstätten und Schulen. Was machen sie machen, aber wenn...*unverständlich*...Wir lassen keinen auf der Straße liegen und bei uns wird es keinen geben, der in irgendwelchen Zelten leben muss....ich kann nicht sagen, wie es in drei Jahren aussieht.

**Herr Bernstiel**

Ich will einfach nur wissen, ob wir jetzt, mit dem Stand heute, das Problem so wie es jetzt ist, gerade noch im Griff haben oder sind wir jetzt schon an einem Punkt angelangt, wo wir sagen, es geht nicht mehr...

*Zwischenrufe*

**Herr Kogge**

...wir nicht generell sagen können, ob wir den Aufgaben noch gewachsen sind.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

...die Frage ist, wie es jetzt aussieht.

**Herr Kogge**

Heute schaffen wir es, morgen wissen wir es nicht und wir brauchen mehr Stellen.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

Noch weitere mündliche Anfragen?  
Herr Cierpinski.

**Herr Cierpinski**

Ganz kurz als Verständnisfrage. Wir kriegen dann schon in Zukunft auch aus dem Personalausschuss dann entsprechende Antworten auf die Fragen, die sich auf das Thema Flüchtlinge und Stellen beziehen? Oder ist das dann alles im Stadtrat zu diskutieren in Zukunft, wenn das jetzt Chefsache ist?

*Zwischenrufe*

**Frau Hahnemann**

Wenn wir einstellen, natürlich. Und Stellenplan natürlich auch...*unverständlich*...

**Herr Töpfer**

Frage beantwortet?

**Herr Cierpinski**

Ja.

**Herr Töpfer**

Weitere mündliche Anfragen. Wenn das nicht der Fall ist kommen wir zum Punkt Anregungen.

**Herr Doege**

Ich habe noch eine Frage. Haushaltsdiskussion Stellenplan, wann ist das?

**Herr Töpfer**

Ab November, weil jetzt erst mal die Ausschüsse beraten, wie letztes Jahr. Sonst haben die Ausschüsse keine Zeit. Am 04.11.2015 und dann noch mal im November eine Sondersitzung.

*Zwischenrufe*

**Herr Töpfer**

...und dann haben wir dann im November schon eine Liste, wo dann schon welche Fragen gekommen sind.

*Ende Wortprotokoll*

**zu 10 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen und **Herr Töpfer** beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

\_\_\_\_\_  
Egbert Geier  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Gernot Töpfer  
Ausschussvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Yvonne Merker  
Protokollführerin